# Bezirksverordnetenversammlung
**Steglitz-Zehlendorf von Berlin**

## N i e d e r s c h r i f t
## 60. öffentliche Sitzung des Haushaltsausschusses

| | |
|---|---|
| **Sitzungstermin:** | Montag, 02.01.2006 |
| **Sitzungsbeginn:** | 16:30 Uhr |
| **Sitzungsende:** | 17:45 Uhr |
| **Ort, Raum:** | Rathaus Zehlendorf, Raum C 22/23 |

Anwesend:

| | |
|---|---|
| Herr Hippe, Torsten | CDU |
| Herr Kopp, Norbert | CDU |
| Herr Platzeck, Werner | CDU |
| Herr Rögner-Francke, René | CDU |
| Herr Hube, Helmut | SPD |
| Herr Karnetzki, Michael | SPD |
| Herr Kugler, Klaus | SPD |
| Herr Reinhard, Klaus | SPD |
| Herr Ehrhardt, Kay Heinz | FDP |
| Frau Schmid-Petry, Erika | FDP |
| Frau Franke-Dressler, Irmgard | GRÜNE |
| Herr Goiny, Christian | CDU (BD) |
| Herr Schröter, Michael | GRÜNE (BD) |

Vom Amt

BzStR Laschinsky

BzStRin Otto

St L Herr Schadeck

St 20 Herr Lewke

BVV 2 Frau Schuchardt, Protokoll

**Tagesordnung:**

| | |
|---|---|
| TOP 1 | Genehmigung der Protokolle |
| TOP 2 | Antrag |
| TOP 2.1 | Defizitausgleich geht vor zusätzlichen Ausgaben<br>Drucksache 1802/II - GRÜNE Fraktion |
| TOP 3 | Sondermittelantrag |
| TOP 3.1 | Sondermittelantrag 2/2005<br>Katholische Kirchengemeinde St. Otto/Herz Jesu |

TOP 4 Besprechungspunkt
Umstellung der Infrastruktur-Kostenumlage für Bürogebäude

TOP 5 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 6 Verschiedenes

**Protokoll:**

**zu 1 Genehmigung der Protokolle**

Die Protokolle der 51. Sitzung, 52. Sitzung, 53. Sitzung, 54. Sitzung, 55. Sitzung, 56. Sitzung, 57. Sitzung, 58. Sitzung und 59. Sitzung werden vom Ausschuss genehmigt.

**zu 2 Antrag**

**zu 2.1 Defizitausgleich geht vor zusätzlichen Ausgaben**
**Drucksache 1802/II - GRÜNE Fraktion**

Zu diesem Punkt wird von BzStR Schrader eine vorbereitete Tischvorlage verteilt. Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass es sich bei der Beschluss-Nr. 1111 um einen Druckfehler handelt. Korrekt heißt es BN 1011.

BzStR Laschinsky weist darauf hin, dass die Senatsfinanzverwaltung festgestellt hat, dass die Auflage erfüllt sei und keine Haushaltswirtschaft bestehe. Damit sei der Antrag durch das Amt erledigt. Die Fraktion GRÜNE bittet um Vertagung des Antrages. Die CDU-Fraktion bittet um eine Information seitens des Bezirksamtes, wie es möglich sei, dass bei dem Titel 534 05 bei allen Schulen auf Null gesetzt werden kann, um somit die Lehr- und Lernmittel auszugleichen.
BzStR Laschinsky erläutert, dass nur BzStR Schrader diese Frage beantworten könne.

Der Antrag ist somit bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**zu 3 Sondermittelantrag**

**zu 3.1 Sondermittelantrag 2/2005**
**Katholische Kirchengemeinde St. Otto/Herz Jesu**

Der Antrag wird mit keiner Ja-Stimme und 13 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt. Die CDU-Fraktion bittet, im Absageschreiben an die Kirchengemeinde St. Otto/Herz Jesu zu erwähnen, dass sich der Ausschuss leider gehindert sehe, hier eine Bewilligung zu erteilen, da es sich um eine generelle Beschlusslage handelt, Kirchengemeinden keine Sondermittel zu gewähren.

**zu 4 Besprechungspunkt**
**Umstellung der Infrastruktur-Kostenumlage für Bürogebäude**

St L H. Schadeck erläutert den Tagesordnungspunkt.
Hintergrund der Idee einer etwaigen Umstellung, die Infrastrukturkosten für Gebäude künftig mit einem Durchschnittswert zu bebuchen, ist, dass

a) derzeit 5 Bezirke dieses Verfahren anwenden und weitere 3 Bezirke eine Umstellung für diesem Jahr planen
b) die Organisationseinheiten kraft BA-Beschluss verpflichtet wurden, den Dienstsitz in bestimmten Gebäuden wahrzunehmen und somit
c) die Amtsleitungen keinerlei Einfluss auf die entstehenden Kosten nehmen konnten/können.

Die derzeitige Situation hat zur Folge, dass in die jeweiligen Produktkosten die teilweise sehr erheblichen unterschiedlichen Infrastrukturkosten für Gebäude direkt einfließen. Dies führt u.a. zu berlinweit sehr unterschiedlichen Produktkosten. Unterstellt man die in 5 Bezirken bereits umgesetzten Verfahrensweisen, so bleibt die Frage nach der Vergleichbarkeit der Produktkosten.
Auf Initiative des Steuerungsdienstes soll diskutiert werden, ob die Ermittlung eines Durchschnittswertes der Gebäudekosten und Berücksichtigung bei den Produktkosten sinnvoller ist. Anlässlich einer ersten groben Auswertung wurden bereits diverse Problemlagen ersichtlich. So ist die Datenqualität verbesserungswürdig; zu prüfen wäre auch, welche Gebäude für die Ermittlung eines Durchschnittswertes herangezogen werden sollten (z.B. Büroflächen mit/ohne Schulflächen, Größe der Dienstgebäude usw.) und wie Einnahmen berücksichtigt werden sollen. In der bezirklichen Amtsleitungsrunde am 15.12.2005 wurde eine Arbeitsgruppe mit 6 Personen gebildet. Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag, Fragestellungen zu ermitteln, zu diskutieren und in den Amtsleitungsrunden darzustellen sowie die erforderlichen Daten zu ermitteln. Die Arbeitsgruppe besteht aus Mitgliedern, die sog. Gewinnern und Verlierern der Budgetierung angehören. Geplant ist, dass bis zum Sommer 2006 ein Votum aus der Amtsleitungsrunde vorhanden sein soll, das dann auch im Bezirksamt vorgestellt wird.

BD Goiny erkundigt sich, worin der Sinn dieses Vorhabens bestehe, eine Vergleichbarkeit innerhalb der Bezirke erreichen zu wollen, und wie der Ablauf und die Umsetzung dieses Verfahrens aussehen sollen. BD Goiny weist darauf hin, dass der zeitliche Rahmen momentan nicht sinnvoll, sei, zumal der Standort „Kreisel“ noch nicht geklärt sei.

St L Schadeck erklärt, dass der Zeitpunkt der Umstellung letztlich irrelevant sei. Ein solches System bedarf der grundsätzlichen Betrachtung, da zu viele Probleme vorhanden seien, die überall zu unterschiedlichen Kosten führen. Ungeklärt, und vom Bezirk wahrscheinlich nicht im Vorfeld prüfbar, ist, ob sich nach einer etwaigen Umstellung die Budgetzuweisung positiv oder gar negativ ändern wird.

BzStR Laschinsky erklärt, dass die Senatsfinanzverwaltung nur die gesamten bebuchten Kosten der Kostenrechnung mit den gesamten Ausgaben der Bezirke im kameralen Bereich vergleicht; solange die Abweichungen noch unter 2% liegen, sei die Datenlage gut. Die Zuordnung der Kosten sei irrelevant, die Gesamtkosten zählen. Anlass für den Steuerungsdienst war, dass es bei einzelnen Produkten immer wieder zu Ungereimtheiten, auch im Vergleich mit anderen Bezirken, kommt.

Die SPD-Fraktion befürwortet die Überlegung des Steuerungsdienstes und unterbreitet dem Ausschuss den Vorschlag, dass die Ergebnisse des Steuerungsdienstes zu gegebener Zeit dem Haushaltsausschuss mitgeteilt werden.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass eine Pauschalierung der Vergleichbarkeit widerstrebt, es sollte eher für die Bezirke zielgenau sein, um irgendwann Kosten senken zu können. Sie erkundigt sich, wie die Umstellung praktisch umgesetzt werden kann, wenn die Einnahmen bisher nicht berücksichtigt wurden.

St L Schadeck erklärt, dass maßgeblich ein Durchschnittswert der bezirklichen Immobilien sein würde. Bei der Ermittlung der Infrastrukturkosten soll noch geprüft werden, welche Auswirkungen Einnahmen haben, da diese bislang noch

keine Berücksichtigung fanden.

Die Fraktion GRÜNE erkundigt sich, ob in allen Bezirken verglichen wird und ob Absprachen innerhalb der Bezirke vorhanden seien.

St L Schadeck erläutert, dass es Produktblätter gibt, in denen die Zählweisen aufgeführt sind. Allerdings lassen diese durchaus unterschiedliche Interpretationen zu. Zwar werden in den einzelnen Produktmentorengruppen und teilweise zwischen den Bezirken gezielte Absprachen geführt, doch letztlich setzt jeder Bezirk seine eigenen Werte ein.

Der Ausschuss stimmt überein, dass eine einheitliche Regelung von der Hauptverwaltung getroffen werden muss.

BzStR Laschinsky unterbreitet dem Ausschuss den Vorschlag, dieses Thema im April oder Mai noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, um dem Haushaltsausschuss einen Zwischenstand mitzuteilen.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass das Thema in der ersten Sitzung im April oder Mai auf die Tagesordnung gesetzt wird und anschließend im regelmäßigen Abstand aller Quartale vom Bezirksamt berichtet werden soll.

**zu 5 Bericht aus dem Bezirksamt**

BzStR Laschinsky berichtet über

- das Haushaltsgesetz 2006/2007 vom 19.12.2005 (GVBl. S. 774), das 1. Haushaltswirtschaftsrundschreiben 2006 der Senatsverwaltung für Finanzen und die Geschäftsanweisung Nr. 1 des Finanzservice. Darin wird zum wiederholten Male auf die weiterhin bestehende Haushaltsnotlage und die Notwendigkeit zur Konsolidierung der Landesfinanzen hingewiesen. Zur Deckung von Mehrausgaben stehen an keiner Stelle zusätzliche Mittel bereit.

Ferner wird bestimmt, dass

- auch bei der Bewilligung von Zuwendungen und Zuschüssen die Haushaltsnotlage berücksichtigt, die Möglichkeit von einschränkenden Bewirtschaftungsmaßnahmen oder von Kürzungen offengehalten und alle Bescheide mit einem Widerrufsvorbehalt versehen werden müssen.
- auf frei werdenden Stellen zunächst Personalüberhang unterzubringen ist und Außeneinstellungen grundsätzlich unzulässig sind.
- nach der in § 7 Abs. 2 HG 06/07 geregelten besonderen Deckungsfähigkeit überschüssige Ausbildungsmittel für eine auf zwölf Monate begrenzte Weiterbeschäftigung in unmittelbarem Anschluss an die Ausbildung eingesetzt werden dürfen.
- die Mindeststandards für Lehr- und Lernmittel sowie für Hoch- und Tiefbau auch während der Haushaltswirtschaft einzuhalten sind.
- - wie bisher – bis zu 20 v.H. der Investitionspauschale für Mehrausgaben bei der baulichen Unterhaltung herangezogen werden können.
- besondere Bewirtschaftungsauflagen bei den Mitteln für Hilfen zur Erziehung weiterhin Gültigkeit haben.

- ein Schreiben der Senatsfinanzverwaltung vom 21.12.2005, mit dem die Erfüllung von Hauptausschuss-Auflagen bestätigt wird, so dass der Bezirk keinen besonderen haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen unterworfen ist.
- ein weiteres Schreiben der Senatsverwaltung für Finanzen vom 23.12.2005, mit dem eine Absenkung des zu erwirtschaftenden Eigenanteils in der Kostenblattfinanzierung auf 7,5% ab 01.01.2006 und eine nochmalige Senkung für

das Jahr 2008 um 0,5% angekündigt und die Erwartung ausgesprochen wird, dass diese Veränderungen die finanzielle Situation der Kita-Eigenbetriebe erheblich entspannen wird.

- den Soll./.Ist-Vergleich der Ausgaben im T- und Z-Teil zum 30.11.2005, der mit einer Sollüberschreitung von 17,8 Mio € abschließt. Maßgebend hierfür sind insbesondere die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft von Alg II-Empfängern. Derzeit ist noch nicht absehbar, welche Auswirkungen dies konkret auf den Jahresabschluss 2005 haben wird, da Zuweisungskorrekturen nicht nur hier, sondern auch bei anderen Transferausgaben sowie infolge der Abgabe von Kindertagesstätten an Freie Träger zu erwarten sein werden.
- die Bewilligung von rd. 570 T € für die Sanierung des Kita/Hort-Standorts Mercatorwewg 6 in den Jahren 2007 und 2008 aus EFRE-Mitteln mit einer Komplementärfinanzierung in gleicher Höhe aus IZBB-Mitteln, die allerdings nur bis Ende 2007 zur Verfügung stünden, weil das Programm dann beendet sein wird.
- die schriftliche Antwort der Abt. Bildung, Kultur, Sport und Bürgerdienste vom 13.12.2005 zu den aus der 59. Sitzung offen gebliebenen Antwort zum Mehrbedarf der Schulen für Ausgaben bei der Grundstücksbewirtschaftung.

**zu 6 Verschiedenes**

1. BzStR Laschinsky erläutert, dass der Antrag mit dem Betreff „Bürgerhaushalt auch in Steglitz-Zehlendorf“ (Drs. Nr. 1729/II) zu dem auch Vertreter des Bezirksamtes Lichtenberg eingeladen werden sollen, erst in der Sitzung am 27.02.06 behandelt werden kann.

2. Die CDU-Fraktion erkundigt sich, wie weit die Renovierungsarbeiten im alten BVV-Saal seien. St L Schadeck erläutert, dass wegen eines Wasserschadens der Boden des alten BVV-Saales erneuert werden musste, woraufhin Schwamm entdeckt wurde. Die Beseitigungskosten des Schwammes sind bis jetzt noch nicht geklärt, so dass sich die Wiedereröffnung noch ein Weile hinzieht. St L Schadeck bejaht die Frage der CDU-Fraktion, ob der alte BVV-Saal unter Denkmalschutz steht und erklärt, dass das räumliche Erscheinungsbild des Saales erhalten bleiben muss. Die SPD-Fraktion erkundigt sich, ob der BVV-Saal im Rathaus Steglitz genutzt werden könne. St L Schadeck erklärt, dass diese Frage in Zusammenhang mit der Kreiselsituation stehe. Die CDU-Fraktion bittet um schriftliche Mitteilung bezüglich des Umzugskonzeptes des BHH Steglitz, das laut St L Schadeck in der Ausschusssitzung für Personal und Verwaltung erläutert werden soll.

3. Fraktion GRÜNE bittet die Drs. Nr. 1757/II mit dem Betreff „Übersicht über die im ersten Halbjahr 2005 zugelassenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen“ als Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Nach Rücksprache mit BzStR Laschinsky wird die Fraktion GRÜNE Fragen in schriftlicher Form an die Fachabteilung für Finanzen einreichen.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

| | |
|---|---|
| Platzeck | Hippe |
| Ausschussvorsitzender | Schriftführer |